

Anrede,

der Bundestag hat ihn, der Freistaat Thüringen auch, die Stadt Dresden, auch die Landkreise Vogtland, Erzgebirge und Mittelsachsen haben ihn. Einen beschlossenen Haushalt für 2021 und teilweise auch für 2022. Im Sächsischen Landtag beginnen wir erst heute mit der Diskussion über den Haushaltsentwurf der Staatsregierung für 21/22.

Spät! Sehr spät! Wenn Sie mich fragen zu spät!

Wenn sie schon nicht auf DIE LINKE hören wollen, so hätten Sie doch zumindest auf die Koalitions-Fraktion SPD hören können. Diese verkündete am 1. April: Zitat: „Aufgrund der hohen Unsicherheit sollte beim nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren vom Prinzip der Doppelhaushalte abgewichen werden. Der Ein-Jahreshaushalt ermöglicht es [...], die gerade sehr dynamische Lage schon im Folgejahr neu zu bewerten und Entscheidungen gegebenenfalls zu korrigieren.“ Zitat Ende.

Das war damals richtig und ist es heute umso mehr!

Auch wir hatten Ihnen vorgeschlagen, einen einjährigen Corona-Bewältigungshaushalt aufzulegen. Wir hatten Ihnen damit die Chance gegeben, dass es kein Weiter-So geben muss.

Das hätte Ihnen auch so manchen Streit in der Koalition erspart. Denn jeder hätte verstanden, dass es im Jahr 2021 nicht um den „Aufbruch und die neuen Chancen für Sachsen“ geht, wie der Ministerpräsident im vergangenen Januar 2020 hier in seiner Regierungserklärung verkündet hat. Sondern um die Bewältigung der Folgen der Pandemiekosten.

Der von der Staatsregierung vorgelegte Haushaltsentwurf geht davon aus, dass es einfach so weitergehen kann, wie vor Corona. Das ist aber ein Trugschluss.

Ich habe in der Erwiderung auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten im Januar 2020 gesagt:

„Sie werden eine Regierung der **enttäuschten Erwartungen** sein. Das liegt am Beharrungsvermögen der sächsischen CDU und am fehlenden Geld, für alle ihre Versprechen.“

Das wir als Linksfraktion so wenig Vertrauen in Ihr Regierungshandeln haben, liegt auch daran, dass Ihre Harmonie nur vorgetäuscht ist.

Worüber Sie sich schon so alles in 1 Jahr gezofft haben!

Ich denke nicht nur an das Bildungsticket, das Sie immer noch nicht auf die Reihe gekriegt haben.

Ich nenne außerdem die Themen Arnold Vaatz, das Thema Vorratsdatenspeicherung, Fahrradgate, Verfassungsschutz, Mühlrose, Moria, ÖPNV-Rettungsschirm, Nord Stream 2, oder an den Dauerbrenner: Innenminister Wöllner, der endlich entlassen gehört!

Das Verfahren, das Sie nun gewählt haben, ist weder mutig noch das Signal einer starken, selbstbewussten Koalition, sondern der Beweis, dass sie eine Koalition der **enttäuschten Erwartungen** sind und sein werden.

Ich werde jetzt nicht wie die angebliche Oppositionsführerin rumningeln, weil Sie uns so wenig Zeit gelassen haben um uns mit dem Haushaltsentwurf der Staatsregierung zu beschäftigen.

Nein, denn wir schaffen sowas.

Uns ist klar: Der Landtag muss so schnell wie möglich einen Landeshaushalt beschließen. Und wir wissen, was das Land braucht, da muss ich nicht auf einen Entwurf der Staatsregierung warten. Also fällt es mir heute nicht schwer, Schritte und Wege zu skizzieren – auch wenn wir es dieser Koalition nicht zutrauen, sie zu gehen.

Mit Hilfe des CORONA-Kreditvolumens präsentieren Sie uns einen Entwurf, der das Haushaltsvolumen der Vorjahre erhöht. Fast alle Ressorts bekommen mehr Geld.

Das alles soll wohl auch zur Beruhigung der Öffentlichkeit beitragen. Es ist aber mitnichten alles gut. Die aktuellen Folgekosten der Pandemie wachsen weiter. Je stärker wir zur Eindämmung in das öffentliche Leben eingreifen müssen, desto teurer wird der Kosten-Ausgleich für Kommunen, Unternehmen, Privatpersonen, Vereine und Institutionen.

Dass wir derzeit wieder einen harten Lockdown durchleben, verdanken wir einer sicherlich kleinen aber egoistischen Minderheit in unserer Gesellschaft, die auf den Infektionsschutz pfeift und andere dazu anstachelt, ebenfalls ihre Mitmenschen zu gefährden.

Ihretwegen müssen wieder viele Geschäfte, Kitas und Schulen schließen.

Dass es so weit gekommen ist, liegt aber auch am Handeln der Regierung Kretschmer, die nach der glimpflichen ersten Welle gepennt und danach viel zu lange viel zu zögerlich gehandelt bzw. nicht gehandelt hat.

Was hätten Sie nicht alles machen können, um Sachsen für die zweite Welle zu wappnen, anstatt falsche Hoffnung auf schnelle Normalität zu schüren:

- Schnelltests schnell in Pflegeheime, an Schulen und Kitas bringen und das Personal dazu schulen,
- Für ein einheitliches elektronisches System bei der Erfassung der Fallzahlen sorgen,
- damit u.a. die Möglichkeit zu schaffen das Zahlen zu Infizierten und Verstorbenen für jede Kommune ausgewiesen werden können,
- massiv in Luftreinigungssysteme in Schulen und Kitas investieren,
- Reiseunternehmen und damit deren Fahrzeuge für den Schülerverkehr heranziehen,
- für wirkliche Kontrollen der Hygieneregeln insbesondere in der Wirtschaft zu sorgen, anstatt nur hilflos zu appellieren,
- das Kurzarbeitergeld auf 90 Prozent aufstocken, um Menschen im Niedriglohnsektor vor Armut zu schützen, oder
- Solo-Selbständigen ein befristetes Grundeinkommen von 1.180 Euro zahlen.

Diese Versäumnisse kommen uns nun alle teuer zu stehen, auch in den nächsten Landeshaushalten.

Regierungen unter Führung der CDU haben schon lange vor der Pandemie die Gesundheitsämter und den öffentlichen Gesundheitsdienst sturmreif gekürzt. Der Staat zieht sich zurück und erfüllt Aufgaben nicht, die für unser Gemeinwesen unverzichtbar sind – das ist der rote Faden der CDU-Haushaltspolitik der letzten Jahrzehnte.

Ich sage es an dieser Stelle nochmal: Wir unterstützen die Staatsregierung beim Seuchenschutz, aber nicht bedingungslos.

Die Versäumnisse der letzten Monate müssen behoben werden, soweit das noch möglich ist. Als LINKE werden wir vor allem darauf dringen, dass nicht diejenigen für die Krise blechen müssen, die eh wenig Geld haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

viele Menschen erleben seit langem einen **Kontrollverlust**, das zeigen Studien, Länder-Monitore und eigene Erlebnisse. In ihrer großen Mehrzahl wollen sie eine offene Gesellschaft der Freiheit und Gleichheit mit Demokratie, Vielfalt und wo Menschenrechte gelten. Ja, sie wollen Ordnung, d.h. einen Zustand, in dem die Beziehungen zwischen Ursachen und Wirkungen stabil, also verständlich und vorhersagbar sind, so dass diejenigen, die darin leben, wissen, wie sie sich zu verhalten haben. Und sie wollen: Sicherheit.

Die **Kontrollverluste** sind nicht erst seit der Pandemie erlebbar, sondern infolge des rasanten Wandels im Bereich Digitalisierung, im Rahmen der Globalisierung, des Verlustes der gewohnten Gemeinschaftlichkeit und des sozialen Zusammenhalts entstanden.

Der **Kontrollverlust**, von dem ich spreche, geht aber auch einher mit unkontrollierbaren, medial vermittelten dramatischen Ereignissen wie Kriege, Anschläge, Exzesse von Gewalt verbunden mit dem Erlebnis von Verletzungen, Ängsten, Tod und Zerstörung. Die aktuellen Berichte über die CORONA-Pandemie gehören auch dazu. Das führt dazu, dass vielfach die Reden von Freiheit und Gleichheit leiser, die von Ordnung und Sicherheit aber lauter werden.

Widersprüchlich werden die sozialen Erfahrungen der Menschen; sie sind hin und her gerissen, suchen nach Halt und Orientierung. Das neoliberale Modell, dass der Einzelne zum Gewinner werden kann, wenn er sich nur recht anstrengt und keine Rücksicht auf den Anderen nimmt, verliert an Plausibilität und Akzeptanz. Die Welt besteht nicht nur aus Gewinnern, sondern eben auch aus vielen Schutzbedürftigen.

Die Unsicherheiten der letzten Jahre speisten sich vielfach gerade aus der Privatisierung von Risiken, aus den falschen Versprechen privater Sicherheiten in dem man Versicherungen abschließen soll, „Vermögens“-Aufbau oder zusätzlich in private Rentenversicherungen, Stichwort Riester-Rente abschließen soll.

Selbst der Staat hat mit den Einschränkungen von Bürger- und Menschenrechten im Namen von Sicherheit und Ordnung die Menschen unsicherer, kontrollierter, diskriminierter gemacht.

Auf der Suche nach Ordnung greifen Menschen vielfach auf gewohnte, alte, verklärte Ordnungen zurück. Die Vorstellung von geschlossenen Gesellschaften haben Hochkonjunktur. Nach Sicherheit strebend suchen Menschen nach Autorität, nach Stärke und Führung.

Gerade auch in der jetzigen Krise, beschleunigt durch die Pandemie, spüren viele Menschen in Deutschland, aber auch hier in Sachsen, dass wir ein neues Verhältnis von Freiheit **und** Schutz brauchen.

Plötzlich gibt es sowas wie eine Renaissance der Staatsbedürftigkeit. Heißt, der Staat, die Politik sollen sich (wieder) kümmern, „in Ordnung bringen“, was falsch läuft. Normen, Werte, Regeln, Recht und Gesetz sollen wiederhergestellt werden.

Politik soll dafür sorgen, dass die zum Leben nötigen Ressourcen zur Verfügung stehen: Geld, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Zeit, Respekt, Sauberkeit, Sicherheit im Alter usw.

Politik ist also herausgefordert, dem Wunsch der Menschen nach einer offenen Gesellschaft ebenso Rechnung zu tragen wie ihnen ein neues Ordnungsversprechen zu geben.

Um nicht missverstanden zu werden, meine Vorstellung eines „Ordnungsversprechen“ hat nichts, aber auch gar nichts, mit den Vorstellungen der AfD und Erzkonservativen Teilen der CDU zu tun.

Für mich bedeutet es, dass es in erster Linie um die funktionierende Staatlichkeit unserer Gesellschaft geht, das muss Grundlage für politisches Handeln auf allen Ebenen sein. Es bedeutet aber auch: Zuverlässigkeit als Qualitätsmerkmal von Politik, insbesondere in der sozialen Frage, beim Thema Gerechtigkeit.

Was folgt daraus?

Aus linker Sicht muss es auf allen föderalen Ebenen möglich sein, soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit als Leitmotiv und Ziel zu gewährleisten. Das heißt, es muss um eine Stärkung der öffentlichen Güter wie Gesundheit, Bildung und Mobilität, gehen. Ohne, dass sie den Märkten ausgeliefert sind. Das bedeutet: Aufwertung von sorgenden, pflegenden, erziehenden und bildenden Tätigkeiten.

Es gibt also eine Reihe von Dingen, die wir uns leisten **müssen**, damit unser Gemeinwesen funktioniert und der Staat handlungsfähig bleibt.

Wie das bezeichnet wird? Ist mir eigentlich egal. Nennen wir es von mir aus: Nachhaltigen Infrastruktur-Sozialismus.

Wenn wir diesen **Kontrollverlust**, unter denen viele Menschen leiden, reduzieren wollen, brauchen wir eine **Sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft**. Die Unternehmenslandschaft in Sachsen besteht vor allem aus kleinen und mittleren Betrieben. Schon mit Beginn der Corona-Krise haben viele ihre Rücklagen aufgebraucht.

Einzelhändler, Dienstleister, Gastronomen oder Kulturbetriebe stehen mit dem Rücken zur Wand. Pleiten stellen nicht nur den Lebensunterhalt der Eigentümer in Frage, sondern vielerorts die Lebensqualität aller. Nötig sind Investitionen in lokale Wirtschaftskreisläufe, in Ressourcen- und Umweltschutz. Es müssen Förderprogramme umgebaut werden etwa für mehr Dorfläden oder dem Erhalt von Einzelhandelsstrukturen in den Innenstädten in Sachsen und nicht wie geplant die Kürzungen in diesem Bereich.

Die Krise gefährdet viele mittelständische Unternehmen, die wegen der Eindämmungsmaßnahmen in Schieflage geraten. Wir müssen innovative und wichtige Unternehmen schützen! Der Freistaat sollte eine **Landesbeteiligungsgesellschaft** gründen, die auch nach der Coronakrise bestehen bleibt. Die Beteiligung des Freistaates an Unternehmen darf kein Tabu sein. Mehr öffentliches Eigentum nützt der Gesellschaft, vor allem in Bereichen: Pflege und Gesundheit, Wohnen, Energieversorgung, aber auch Mobilität.

Wenn wir diesen **Kontrollverlust**, reduzieren wollen, brauchen wir eine sichere Gesundheitsversorgung für alle, egal wo sie wohnen, und zwar in öffentlicher Hand! Die Corona-Krise zeigt die Defizite, besonders deutlich beim öffentlichen Gesundheitsdienst.

Deshalb bleiben wir bei unserer Forderung nach **einem Landesgesundheitsamt**, das die Prävention landesweit ausbaut und koordiniert.

Es darf keinen Abbau von Krankenhausbetten geben und wir müssen unsere Krankenhausstruktur stabilisieren. Deshalb ist die geplante Reduzierung der Landesmittel zur Finanzierung der Krankenhausinvestitionen um 15,55 Mio. Euro jährlich umso absurder.

Wenn wir den **Kontrollverlust**, reduzieren wollen, brauchen **alle** jungen Leute dieselben Chancen auf gute digitale Bildung. Wieder mussten Kitas und Schulen geschlossen werden – das Fehlen des Präsenzunterrichts kostet Chancen und verschlimmert soziale Ungleichheit. Denn bei weitem nicht alle Familien haben einen schnellen Internetanschluss, nicht alle können sich gute digitale Endgeräte oder einen heimischen Arbeitsplatz leisten. Aber ohne Gegensteuern droht durch die Digitalisierung eine weitere soziale Spaltung der Gesellschaft.

Nur der Staat kann dafür sorgen, dass alle Kinder ähnliche Chancen und Voraussetzungen bekommen. Dazu gehört, dass jedem Schulkind ein digitales Endgerät zur Verfügung gestellt wird, und dass die Landesregierung auch im entlegensten Winkel einen schnellen Internetzugang ermöglicht. Bei allem Anstrengungen, das Erreichte ist da noch nicht ausreichend genug!

Wenn wir den **Kontrollverlust**, unter denen so viele Menschen leiden, reduzieren wollen, darf Sachsen nicht weiter zur Klimaerhitzung beitragen. Wir wollen den sozialökologischen Umbau vorantreiben, um unser Leben einerseits an die Klimaerhitzung anzupassen und andererseits deren Auswirkungen zu minimieren.

Dazu haben wir Ende Dezember 2020 ein Klimaschutzgesetz für Sachsen vorgelegt, über das hier noch zu reden sein wird. Wir wollen eine landesweite Mobilitätsoffensive, die auf mehr öffentlichen Personennahverkehr setzt und Transportwege reduziert. Wir wollen stillgelegte Eisenbahnstrecken reaktivieren und bestehende Strecken ertüchtigen, regionale und nachhaltige Wirtschaftsstrukturen und den Ökolandbau unterstützen.

Wenn wir den **Kontrollverlust** reduzieren wollen, müssen die Kommunen den notwendigen finanziellen Spielraum haben, um die Pflichtaufgaben zu erfüllen aber auch um sogenannte freiwillige Leistungen erbringen können. Die Schuldenlast ist in keinem anderen Bundesland so zu Ungunsten der Kommunen verteilt wie in Sachsen. Die Kommunen haben bei den bisherigen Landeshaushalten dafür bezahlt, dass auf der Landesebene keine Kredite aufgenommen wurden, um Klassenprimus bei der Verschuldungsquote

Zusammengefasst: Hilfe für eine nachhaltige mittelständische Wirtschaft, beste Gesundheitsversorgung für alle, moderne digitale Bildung, Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und handlungsfähige Kommunen. Das alles ist notwendig für eine gerechte und solidarische Gesellschaft. Darin sehen wir unsere Schwerpunkte in der Haushaltsberatung.

Das alles müssen wir uns leisten und das kostet Geld. Wer jetzt aber nicht investiert, der schadet insbesondere unseren Kindern und Enkeln. Denen würden wir ein heruntergewirtschaftetes Gemeinwesen, einen nichtfunktionierenden Staat überlassen. Das ist die eigentliche Gefahr, nicht die Staatsverschuldung!

Es war richtig, zu Beginn der Krise Kredite in Milliardenhöhe aufzunehmen. Es wäre aber auch legitim, wenn das notwendig werden sollte, weiteres Geld am Finanzmarkt zu beschaffen, zumal die Zinsen im Keller sind.

Wir sollten endlich vom Schreckensbild wegkommen, dass die Schuldenlast uns erdrücken könnte. Das wird sie nicht!

Verschuldung wird weniger stark durch Tilgung reduziert, sondern vor allem durch eine wachsende Wirtschaftsleistung, haben wir doch in den letzten Jahren erlebt!

Wir sind also gut beraten, vor allem die Wirtschaft anzukurbeln. Das klappt aber nur, wenn wir investieren, anstatt wieder zu versuchen, uns aus der Krise „herauszusparen“ oder das Schreckgespenst eines notwendigen „Kassensturzes“ an die Wand zu malen, wie der Ministerpräsident es vor wenigen Tagen getan hat. Das wird scheitern.

Wenn Sie nicht auf mich hören wollen, dann vielleicht auf den früheren CSU-Bundesfinanzminister Theo Waigel, Zitat: „Die Zinsen sind niedriger, so dass wir uns eine höhere Verschuldung leisten können. Wenn ich überlege, dass ich zu Zeiten der Wiedervereinigung neun Prozent zahlen musste, überkommt mich der Neid.“

Es wäre im Übrigen fahrlässig, die 8-Jahres-Tilgungsregel in der Landesverfassung drin zu lassen, die aus Vorkrisenzeiten stammt. Die führt sonst dazu, dass ab 2023 massiv Geld aus dem Haushalt rausgezogen wird. Egal, ob es bei sechs Milliarden bleibt oder ob noch mehr Kredite nötig werden sollten: Es ist unmöglich, die Tilgung nach zwei Jahren zu beginnen und in sechs Jahren zu beenden. Das sollten sich endlich auch die letzten Marktradikalen in der CDU Sachsen eingestehen.

Auch hier müssen sie ja nicht auf uns hören, aber auf die Markforscher des Ifo-Institutes die sagen zwischen 20 und 30 Jahren ist eine angemessene Zeitspanne für die Rückzahlung.

Es muss verantwortungsvoll gehandelt werden. Wer jetzt die Lasten der Pandemie tragen muss, soll nicht auch noch die Zeche dafür zahlen müssen.

Deshalb werden wir einen „Sozial-Ausgleich-Fonds“ mit einem jährlichen Finanzvolumen von mindestens 250 Millionen Euro für vorerst vier Jahre vorschlagen. Aus dem Fonds sollen die sozialen Folgekosten ausgeglichen werden, die aus der Krisenbekämpfung resultieren und nicht durch die Einzelpläne oder durch den CORONA-Bewältigungsfonds gedeckt sind.

Verwaltet werden soll der Fonds auch nicht durch den Finanzminister, sondern durch das Ministerium für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Staatsregierung soll zudem ermächtigt werden, zur Deckung der Ausgaben des Fonds jährlich Kredite bis zur Höhe der jährlichen Zuführungen aufzunehmen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf unserer Fraktion werden wir Ihnen im Rahmen der Haushaltsverhandlungen vorlegen.

Es ist eine grundlegende Frage der Gerechtigkeit, dass jede Maßnahme mit einem sozialen Ausgleich verknüpft wird, und zwar zügig und vollständig – nicht lahm und lückenhaft wie beim Pflege-Bonus.

Diese Krise mahnt uns, die Fehler der CDU-geführten sächsischen Regierungen nicht zu wiederholen.

Der Mensch ist das Maß der Dinge und nicht die Verschuldungsstatistik.

Wir wollen den sozialen Ausgleich und einen vorsorgenden, handlungsfähigen Staat.

Unsere Priorität liegt auf der Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, bei der Bildung, bei der Kultur und im Sozialbereich.

Wir wollen, dass es gerecht zugeht.

Wir wollen, dass niemand im Stich gelassen wird.

Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf bleibt die Staatsregierung weit hinter den jetzt notwendigen Aufgaben zurück.

Die Koalition hat die Chance mich und meine Fraktion zu überraschen, dass ich am Ende nicht vom **Haushalt der enttäuschten Erwartungen sprechen muss.**